

Ja zu Anton Laubers Finanzsteuerung

Die FDP wies mit ihrem Kompromissvorschlag den Weg aus der Steuerfalle

Von Thomas Gubler

Liestal. Zeitweise stand die Diskussion über die «Stärkung der finanziellen Steuerung» (Stäfis) gestern im Landrat vor einem Verhandlungsunterbruch. Derart verwirrend und in ihren Auswirkungen unabsehbar waren gewisse Anträge aus der Ratsmitte in der zweiten Lesung zum Finanzhaushaltsgesetz, dass der Rat an seine Grenzen stiess. Doch dann ging plötzlich alles sehr schnell. Dank einem Antrag von Christof Hiltmann (FDP) wurde der gordische Knoten zerschlagen: Statt des von der Regierung vorgeschlagenen hoch umstrittenen Zweidrittelmehr im



Landrat für Änderungen des Steuerfusses – insbesondere natürlich für Steuererhöhungen – sollte das Drehen an der Steuerschraube dem fakultativen Referendum unterstehen. Heute untersteht die Veränderung des Steuerfusses nicht dem Referendum.

Hiltmanns Vorschlag wurde vom Ratsplenum mit 56 Ja gegen 28 Nein gutgeheissen. Damit war das erforderliche Zweidrittelmehr vom Tisch. Auch künftig dürften – so es denn tatsächlich geschieht – Änderungen des Steuerfusses mit einfachem Mehr beschlossen werden. Die SP, die bereits die Messer für den Abstimmungskampf wetzt, unterstützte den Antrag – im Gegensatz zur SVP. In der Schlussabstimmung lehnte die Linke das Finanzhaushaltsgesetz dann aber ab. Das letzte Wort hat das Volk.

Über weite Strecken unbestritten

Die für Finanzdirektor Anton Lauber äusserst wichtige Vorlage besteht aus einer Teilrevision der Verfassung, ein Gegenvorschlag zur SVP-Initiative «Für gesunde Finanzen ohne Steuererhöhungen» und einer Totalrevision des Finanzhaushaltsgesetzes. Die gesamte Vorlage ist eigentlich über weite Strecken ein unbestrittenes Steuerungsinstrument.

Es ersetzt die bisherige Defizitbremse durch eine Schuldenbremse und führt einen Finanz- und Aufgabenplan über vier Jahre ein. Durch die Schuldenbremse wird der Kanton verpflichtet, die Erfolgsrechnung über acht Jahre ausgeglichen zu gestalten – vier Jahre zurück und vier Jahre vorwärts. Im Weiteren darf das Eigenkapital nicht unter 120 Millionen Franken fallen.

Werden diese Vorgaben nicht eingehalten, sind Massnahmen zu ergreifen. Dabei sind allerdings zwei wiederum umstritten. So sollen die Budgets der einzelnen Direktionen proportional gekürzt werden. SP-Sprecher Urs Kaufmann bezeichnete dies als «Rasenmähermethode», die zu einem weiteren

Keine Chance für Rot-Grün

Landrat beschliesst Kredit zum Werterhalt der Kantonsstrassen

Liestal. Auf verlorenem Posten waren gestern im Landrat SP und Grüne in ihrem Kampf gegen den Verpflichtungskredit von 172 Millionen Franken für die Werterhaltung der Kantonsstrassen in den Jahren 2018 bis 2021. Mit deutlicher Mehrheit stimmte der Rat der Vorlage unverändert zu. Der Vierjahreszyklus habe sich bewährt und der nötigen Effizienzgewinn könne realisiert werden, hiess es von bürgerlicher Seite. Zudem habe man sich auf funktionelle Standards beschränkt.

Vergeblich beantragte Jan Kirchmayr (SP) Kürzungen von 20 Millionen Franken. Parteikollege Martin Rüegg verwies ebenso vergeblich auf die Abstriche, die der Rat bei Bauten im Bildungsbereich beschlossen habe, und meinte, ein gekürzter Verpflichtungskredit sei «ein bescheidener Beitrag zugunsten der Kantonsfinanzen». Die Anträge wurden abgelehnt. td



Erfolgreicher Finanzdirektor. Der Sieger der gestrigen Parlamentsdebatte heisst nicht zuletzt Anton Lauber. Foto Christian Jaeggi

Abbau führe, von welcher dann beispielsweise auch die Polizei betroffen wäre.

Von der linken Ratsseite ebenfalls heftig kritisiert ist eine weitere Massnahme, nämlich die unterjährige Kreditsperre. Danach kann der Regierungsrat bereits bewilligte Kredite sperren, wenn die Erwartungsrechnung eine Verschlechterung des Saldos der Rech-

nung gegenüber dem Budget aufzeigt. Eine Steuererhöhung kommt in jedem Fall nur als ultima ratio infrage.

Erfolglos hatte sich die SP schliesslich dagegen gewehrt, die Finanzkompetenz der Regierung von heute 50 000 Franken nur auf 500 000 statt auf eine Million Franken zu erhöhen. Katrin Schweizer unterlag mit ihrem Antrag mit 59 Nein zu 25 Ja.

Die SP hat unmittelbar nach der gestrigen Landratsdebatte trotz des Kompromissvorschlags der Freisinnigen ihren Widerstand gegen das Finanzhaushaltsgesetz in der Volksabstimmung angekündigt. Dieses schreibe «einen undifferenzierten und kontraproduktiven Abbau-Rasenmäher gesetzlich fest», schreibt die SP Basel-Land in einem Communiqué.

«Es ging uns nicht um Anton Lauber»

Christof Hiltmann entfernte mit seinem Antrag den Stein des Anstosses im Finanzhaushaltsgesetz

Von Thomas Gubler

BaZ: Herr Hiltmann, haben Sie mit Ihrem Referendumsvorschlag Finanzdirektor Anton Lauber die Stäfis-Vorlage gerettet?

Christof Hiltmann: Ich habe das nicht für Herrn Lauber gemacht. Für mich stand das Wohl des Kantons Basel-Land im Vordergrund. Aber ich denke, dass wir mit dem Vorschlag, Steuerfussveränderungen dem fakultativen Referendum zu unterstellen, den Vorwurf, mit einem Zweidrittel-Quorum demokratiefeindlich zu sein, entkräften konnten.

Wie schwer ist Ihren Freisinnigen am Schluss der Verzicht auf das Zweidrittelmehr im Landrat für Steuererhöhungen gefallen?

Die Idee des Quorums war die, dass man nicht mit dem Steuerfuss herumspielen soll. Sowohl eine Steuererhö-

hung, als auch eine -senkung sollte sehr schwer zu haben sein. Das war unsere oberste Maxime. Als wir aber spürten, dass das Schicksal der Vorlage an der Quorumsfrage hängen könnte, kamen wir auf die Idee, mit dem fakultativen Referendum zusätzliche politische Kräfte ins Boot zu holen. Ich gehe jetzt aber nicht davon aus, dass von diesem Instrument allzu viel Gebrauch gemacht wird. Ich mag mich auch nicht erinnern, wann der Landrat letztmals den Steuerfuss verändert hat. Aber es könnte ja sein, dass das Parlament in Steuerfragen auch mal falsch tickt. Dann hat das Volk die Möglichkeit, korrigierend einzugreifen. Und das war für uns am Schluss das Entscheidende.

Die SP, die sich gegen das Quorum zur Wehr gewehrt hat, unterstützte Ihren Kompromissvorschlag. Hat Sie das überrascht.

Nein, eigentlich nicht. Für die Linke stand das Anliegen im Vordergrund, das Zweidrittelmehr wegzukriegen und Steuererhöhungen mit einfachem Mehr beschliessen zu können.

Und da sah die SP in unserem Vorschlag wahrscheinlich den kleinsten gemeinsamen Nenner. Ich hoffe nun, dass die Mehrheit der Linken jetzt auch hinter der ganzen Vorlage stehen kann.

«Es könnte ja sein, dass der Landrat in Steuerfragen einmal falsch tickt.»

In der Schlussabstimmung wurde aber gerade wegen der SP das Vierfünftelmehr für das total revidierte Finanzhaushaltsgesetz verfehlt. Wie beurteilen Sie aus heutiger Sicht die Chancen der Vorlage vor dem Volk?

Die sind gut. Es gibt jetzt eigentlich keine Punkte mehr in der Vorlage, die zu einer fundamentalen Opposition im Abstimmungskampf führen können. Ich denke, dass der Entscheid des Landrats eine Lösung darstellt, die über die Parteigrenzen hinweg akzeptabel ist.

Eines modernen Kantons würdig

Der Landrat stellt sich hinter das neue Public-Corporate-Governance-Gesetz

Von Thomas Dähler

Liestal. Der Kanton Basel-Land erhält ein modernes Gesetz über die Public Corporate Governance. Bei der ersten Lesung gestern im Landrat zeichnete sich eine einhellige Unterstützung der neuen Regeln für die kantonalen Beteiligungen ab. Verwaltung, Aufsicht und Oberaufsicht sollen künftig klar auseinandergehalten werden. Die Führungsorgane sollen entpolitisiert werden, indem nur noch in Ausnahmefällen Regierungsmitglieder in einem Verwaltungsrat Einsitz nehmen. Einfluss nehmen werden Regierung und Parlament künftig über eine Eignerstrategie.

Leise Kritik übte gestern einzig die SVP. Fraktionschef Dominik Straumann stellte sich zwar hinter das neue Beteiligungsgesetz, bedauerte jedoch, dass Regierungsmitglieder nur in Ausnahmefällen Verwaltungsratsmandate ausüben. Der SVP wäre es umgekehrt lieber gewesen: Normalerweise vertritt ein

Regierungsmitglied den Kanton im Führungsorgan, in Ausnahmefällen verzichtet die Regierung darauf.

Diese Ansicht nach teilten die übrigen Fraktionen gestern nicht. Das Gesetz wurde einhellig begrüsst. Für Mirjam Würth (SP) ist es eine «gute Lösung», für Klaus Kirchmayr (Grüne) «ein wichtiger Schritt zur Modernisierung des Kantons» und für Franz Meyer (CVP) «höchste Zeit, dass der Kanton mit dem Gesetz der Eignerstrategie das nötige Gewicht gibt».

Hanspeter Weibel (SVP) appellierte an die Regierung, wenn nötig doch mit einem Sitz im Verwaltungsrat Einfluss zu nehmen. Der Verwaltungsrat sei ein strategisches Organ, eine Mitgliedschaft im Verwaltungsrat und die Einflussnahme über die Eignerstrategie würden sich nicht ausschliessen. Festgeschrieben ist im neuen Gesetz, dass dies in Ausnahmefällen möglich ist – dann nämlich, wenn es sich um eine strategisch wichtige Beteiligung han-

delt und sich die Interessen des Kantons ohne diese Vertretung nicht wahrnehmen lassen. Weiterhin Einsitz nehmen können Regierungsmitglieder zudem in Führungsorganen, in denen auch andere Kantone mit Regierungsmitgliedern vertreten sind.

Zu reden gab schliesslich noch, welche Kommission bei der Oberaufsicht durch den Landrat federführend sein soll. Dabei setzte sich der Antrag der Geschäftsprüfungskommission durch, dass diese Aufgabe bei ihr liegen müsse. Eine abweichende Regelung wurde mit 55 zu 17 Stimmen gestrichen.

Durchwegs begrüsst wurde ergänzend zum Beteiligungsgesetz auch das neue Kantonbank-Gesetz. Neu ist die Regierung das Wahlgremium für den sieben- bis neunköpfigen Bankrat. Umgesetzt werden damit auch die neuen Finanzregeln von «Basel III». Das Gesetz muss als Gegenvorschlag zur Bankrats-Initiative vom Volk an der Urne genehmigt werden.

Posträuber im Tränenmeer

Kosovare raubte Post in Läuelfingen und Trimbach aus

Von Alexander Müller

Muttenz. Der Taschentuchverbrauch im Gerichtssaal war gestern enorm. Normalerweise sind es die Opfer, die vor dem Strafgericht in Tränen ausbrechen. Diesmal übernahm der Angeklagte Arlind Lokaj* diese Rolle selbst. Mit brüchiger Stimme beteuerte der heute 39-jährige Kosovare immer wieder, wie sehr er bereut, was er getan hatte.

Lokaj musste vor der Dreierkammer antreten, weil er im November 2015 und im Januar 2016 einen bewaffneten Raubüberfall auf die gleiche Postfiliale in Läuelfingen verübte. Und weil er rund 20 000 respektive 13 000 Franken erbeutete, versuchte er es im März 2016 ein drittes Mal bei der Post in Trimbach. Das Vorgehen war immer dasselbe: Er wartete ausserhalb der Öffnungszeiten auf den Filialleiter und bedrohte ihn dann mit seiner geladenen, aber laut eigenen Angaben gesicherten Neunmillimeterpistole. Der in Todesangst versetzte Filialleiter musste ihm den Inhalt der Kasse in eine Tasche füllen. Beim ersten Überfall musste zuerst noch eine Tasche aufgetrieben werden, da der Täter vergessen hatte, eine mitzubringen. Anschliessend musste sich der Postbeamte auf den Boden legen.

Der Mann habe laut Anklageschrift von Staatsanwältin Elisabeth Vetsch den Räuber weinend angefleht, ihn nicht zu töten. Beim zweiten Überfall wurde der Filialleiter gezwungen, sich auf die Toilette zu setzen. Lokaj habe dem Mann gesagt, er müsse dort 30 Minuten warten, ansonsten werde er ihn töten. Dabei habe der Täter die Waffe durchgeladen. Letztes bestritt Lokaj vehement.

Moment der Unachtsamkeit

Ansonsten zeigte sich der Täter im Strafverfahren sehr kooperativ. Er selbst war es nämlich, der den Behörden von sich aus von den beiden Überfällen in Läuelfingen erzählte, nachdem er beim Versuch scheiterte, die Post in Trimbach auszurauben. Dort nutzte der Filialleiter einen Moment der Unachtsamkeit des gelernten Metzgers aus und schlug ihm die Pistole aus der Hand. Es kam zum Handgemenge zwischen dem Täter, dem Filialleiter und zwei Mitarbeiterinnen. Als es Lokaj nicht mehr gelang, die Waffe zu behändigen, trat er die Flucht an. Auf der Strasse wurde der Fliehende von zwei Passanten überwältigt und festgehalten, bis die Polizei eintraf.

Als Grund für die Überfälle nannte der zweifache Familienvater Geldsorgen wegen seiner Spielsucht. Er hatte sich mit zwielichtigen Geldverleihern eingelassen. Diese hätten ihn unter Druck gesetzt, das verspielte Geld wieder zu beschaffen – egal wie. Der Kosovare machte unter Tränen geltend, Angst um seine Familie gehabt und keinen anderen Ausweg mehr gesehen zu haben.

Der Richter als Budgetberater

In die Abwärtsspirale und damit in die Spielsucht sei er aus Stress geraten, als er die Kinder seines Bruders bei sich aufgenommen hatte, nachdem es dort zu grösseren Problemen kam, wohl auch juristischen. Am Rande des Prozesses war zu vernehmen, dass Lokajs Bruder mittlerweile die Schweiz verlassen musste. Ein Schicksal, das Lokaj je nach Ausgang des Prozesses möglicherweise ebenfalls ereilt. Er war als 15-Jähriger in die Schweiz gekommen und spricht mittlerweile einen ganz passablen Baselbieter Dialekt. Selbst wenn ihm eine Ausschaffung erspart bliebe, wird der 39-Jährige lange als Metzger arbeiten müssen, um seine 200 000 Franken Schulden abzubauen. Er werde das in rund zehn Jahren schaffen, versprach Lokaj tapfer. Gerichtsvizepräsident André Brunner, der in ausufernder und chaotischer Art durch den Prozess führte, war skeptisch und betätigte sich zwischendurch als Lokajs Budgetberater. Brunners Fazit: «Das Auto liegt in ihrem Budget nicht mehr drin.»

Geht es nach der Staatsanwältin, wird der Schuldenabbau noch ein wenig warten müssen. Sie forderte eine unbedingte Freiheitsstrafe von vier und dreiviertel Jahren.

Das Urteil wird am Freitag eröffnet. *Name geändert